

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 88 846 pbbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Marion Caspers-Merk MdB
kommentiert die europäische
Verpackungsrichtlinie: Ein von
Bonn verschuldetes Debakel.

Seite 1

Christian Schneider beschreibt
Aufgaben der Kommunalpolitik
in Krisenzeiten: In die soziale
und kulturelle Offensive gehen.

Seite 2

Antje-Marie Steen MdB enga-
giert sich für die Hörgeschä-
digten: TV-Informationen un-
terteilen oder in die Gebärden-
sprache übersetzen.

Seite 6

**Neue Adresse ab
1.1.1994**
Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53037 Bonn

48. Jahrgang / 241

17. Dezember 1993

Ein von Bonn verschuldetes Debakel

Die europäische Verpackungsrichtlinie bleibt hinter den
ökologischen Erfordernissen zurück

Von Marion Caspers-Merk MdB

Stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-
Bundestagsfraktion

Nach dem Debakel mit der europäischen Verpackungsrichtlinie muß verhindert werden, daß sich die Bundesregierung hinter den Brüsseler Beschlüssen versteckt und die Regelungen der deutschen Verpackungsverordnung aufweicht. Im Gegenteil muß bei uns endlich ernst gemacht werden mit Vermeidung und umweltverträglicher Entsorgung. Es müssen die Wiederverwertungskapazitäten im Inland geschaffen werden, die die Umsetzung der deutschen Verpackungsordnung möglich machen. Entsprechende Anträge der SPD dazu liegen in Bundestag und Bundesrat vor.

Was die EG-Umweltminister mit der Verpackungsrichtlinie beschlossen haben, ist ein umweltpolitischer Rückschritt mit noch nicht zu überblickender Tragweite. Daß sich allerdings Umweltminister Töpfer jetzt über den Beschluß empört, ist pures Vergießen von Krokodilstränen. Denn der Hauptgrund, warum die Minister so beschlossen haben, ist der Umstand, daß deutsche Verpackungsabfälle in den letzten Jahren die EG-Mitgliedsländer überschwemmt und dort alle Wiederverwertungskapazitäten blockiert haben.

Der Beschluß der europäischen Umweltminister kommt einer schallenden Ohrfeige für die Bundesregierung gleich. Nicht so sehr weil eine Mindestanforderung zur stofflichen Wiederverwertung von 25 Prozent des Verpackungsgewichtes, eine maximale stoffliche Verwertungsquote von 45 Prozent und die Erleichterung für die Verbrennung von Verpackungsmaterialien weit hinter die deutsche Verpackungsordnung zurückfällt. Sondern weil seine europäischen Kollegen Töpfer sehr deutlich vorwerfen, daß die deutsche Regelung nicht funktioniert. Und sie haben recht, auch wenn Minister Töpfer immer wieder die Erfolge "seiner" Verordnung feiert. Mit dem Hintertürchen Duales System (DSD) wurden alle positiven Ansätze der Verpackungsverordnung vom ersten Tag an in Frage gestellt, weil die Verantwortung der Verpackungshersteller und Vertrieber verwasert wurde. Darüber hinaus hat es das DSD über das Bewältigen ei

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veranstaltungsgang
mit 1000000 Reichsmark
Reichsbank



ner ganzen Kette von Pannen, Fehlern und Fast-Pfeifen verabsäumt, ein schlüssiges Verwertungskonzept vorzulegen. Hätte die deutsche Verpackungsverordnung funktioniert, wäre sie das Modell der europäischen Regelung geworden. Schon deshalb ist eine Novellierung der Verpackungsverordnung unumgänglich.

Jetzt rächt sich die freie Hand, die Minister Töpfer Industrie und Handel und dem DSD gelassen hat. Weil sie statt zu Verwerten ihren Verpackungsmüll zu großen Teilen einfach über die Grenzen geschafft haben, kommt jetzt die europäische Retourkutsche. Nur wer Verwertungs-kapazitäten im eigenen Land nachweisen kann, soll zukünftig mehr als die Maximalquote der Verpackungsrichtlinie verwerten dürfen.

Noch hat Minister Töpfer eine Galgenfrist gewonnen. Noch kann er beweisen, daß es ihm ernst ist mit Vermeidung und Wiederverwertung und daß er sich nicht nur hinter seinen Kollegen aus Europa versteckt. Erst 1996 soll die Verpackungsrichtlinie nach Beratungen im Europäischen Parlament in Kraft treten. Bis dahin können Verwertungskapazitäten hier vor Ort geschaffen werden. Bis dahin können erste tatsächliche Vermeidungserfolge erzielt werden. Eine Novelle der deutschen Verpackungsverordnung ist also unumgänglich, wenn endlich Vermeidung und umweltverträgliche Verwertung zur Regel werden sollen. Nur so kann das europäische Dammkesselschwert 'Verpackungsrichtlinie' abgewendet werden. Die SPD hat dazu entsprechende Anträge eingebracht. Die unter der Hand umlaufenden Entwürfe der Bundesregierung werden dieser Aufgabenstellung nicht gerecht.

Minister Töpfer kann sich nach dem Debakel von Brüssel nicht mehr länger auf Zeit spielen. Es gibt nichts gutes, außer man tut es. Hoffentlich beharrt der Minister bei allen UNO-Ambitionen diese Erkenntnis.

(-/17. Dezember 1993/rs/ks)

In die soziale und kulturelle Offensive gehen!
Eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik in Krisenzeiten

Von Christian Schneider

**Referent bei der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der
Bundesrepublik Deutschland e.V. (Bundes-SGK)**

Ein überaus vielschichtiger gesellschaftlicher Tatbestand ist in Deutschland zu beobachten: das Zerbrechen des sozialen Gefüges. Die Gemeinde ist zur kulturellen und sozialen Offensive gezwungen. Dies trotz - oder vielleicht wegen der leeren Kassen.

Es bedarf keiner besonderen Erläuterung dafür, daß sich selbst wohlhabende süddeutsche Städte heute stetig sinkenden Einnahmen gegenübersehen und darangehen, Liebgewonnenes, das in über 40 Jahren Bundesrepublik fester Bestandteil des Leistungskataloges zu sein schien, einer Prüfung zu unterziehen. Die Kritik kommunaler Aufgaben und Budgets, in manchen Städten gerade des Ruhrgebiets schon seit Beginn der 80er Jahre fester Bestandteil jährlicher Haushaltsdebatten geworden, hat als zentrales Vorhaben inzwischen von allen Gemeinden und Kreisen der Republik Besitz ergriffen.

Krise ist Gefahr und Chance zugleich. Diese schlichte Weisheit soll mehr als billigen Trost spenden. Gefahren aus der kommunalen Finanzkrise ergeben sich nun wirklich genug. So hat der grobe Schnitt des Rasenmähers einerseits und das zum Teil bereits unwürdige Hauen und Stechen zwischen Ressorts andererseits inzwischen in vielen Gemeinden und Kreisen den Blick für eine zukunftsweisende Gestaltung kommunalen Wirkens verstellt. So wird zu wenig

der Versuch unternommen, die Strukturierung des schmaler gewordenen Budgets daran zu orientieren, was der Gemeinde an schwierigen sozialen Tatbeständen begegnet.

Es ist daher einmal mehr die Gefahr gegeben, daß anstelle einer zwingend notwendigen Generaldebatte über das Selbstverständnis kommunaler Politik ein Prozedere tritt, es möglichst jenen Interessengruppen recht zu machen, deren Lobbyismus auch in der Vergangenheit immer schon recht erfolgreich gewesen ist.

Wenn also Krise Gefahr ist, so ist dies in zweifacher Hinsicht gemeint. Einerseits kann sie zum Anlaß genommen werden, der populären Forderung pauschaler Kürzungen das Wort zu reden und auf diese Weise eine Nivellierung und Verödung kommunaler Politik einzuleiten.

Andererseits kann sie die Gemeinde in die Versuchung bringen, in ihren Sparüberlegungen vor dem Einfluß jener Gruppen zurückzuweichen, die aufgrund ihrer Einkommenssituation längst nicht mehr auf kommunale Leistungen angewiesen sind, diese aber auch zukünftig wie selbstverständlich beanspruchen.

Kommunalpolitik, zumal in den alten Bundesländern, blickt in ihrer heutigen Gestalt auf eine erst in den letzten Jahren verlangsamte Dynamik des Wachstums von Infrastruktur und Dienstleistungen zurück. Natürlich hat es auch Phasen der Konsolidierung gegeben. Von den Sparoperationen der 80er Jahre besonders in Gemeinden des Ruhrgebietes war bereits die Rede. Gleichwohl zeichnete eigentlich alle Konsolidierungen aus, daß sie in den Köpfen der kommunalen Entscheidungsträger im großen und ganzen doch den Charakter eines vorläufigen Innehaltens haben sollten. Aufgeschoben war nicht aufgehoben. Auf hoher Leiterstufe war häufig genug der Blick auf die nächsthöhere Sprosse gerichtet. Die gegenwärtig vom Bund auf die Spitze getriebene Lastenüberwälzung insbesondere durch die AFG-Kürzungen und Beiträge für den Aufbau in den fünf neuen Ländern zwingen die Gemeinde zur Einsicht dessen, was einmal in den ersten Jahren des Aufbaus der Bundesrepublik Kommunalpolitik ausgezeichnet hat.

Sie sollte zunächst subsidiär zur Gewährleistung von Lebenschancen für jene Menschen dienen, deren Leistungsfähigkeit eine Teilhabe am Leben in der Gemeinde nicht oder nur unzureichend zuließ.

Ganze Bevölkerungsgruppen aus dem Blickfeld geraten?

Wer aber heute, und gerade in der Weihnachtszeit, sehenden Auges die Zentren solch wirklich wohlhabender Städte wie Frankfurt am Main oder Düsseldorf begeht, wird einer schroffen Gegensätzlichkeit ansichtig. Bisher nie dagewesener und offen inszenierter privater Reichtum trifft sich mit den Erscheinungsformen bitterster Armut. Das Leben in der Stadt scheint aus den Fugen geraten zu sein. Die Gemeinde muß sich heute die Frage gefallen lassen, ob ihr in den letzten Jahren ganze Bevölkerungsgruppen aus dem Blickfeld geraten sind. Wachsende Armut, zunehmende Gewaltbereitschaft gerade von Jugendlichen, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, Übergriffe gegen Ausländer, sind Ausprägungen eines deformierten Gemeindelebens. Mit gutem Recht werden als Verantwortliche für diesen sozialen Tatbestand andere als die Gemeinde genannt. Doch ist damit die Gemeinde nicht aus der Pflicht, zuallererst ihren Teil beizutragen, Tendenzen sozialer Deformation entgegenzuwirken.

Krise ist Gefahr. Sie liegt im Brüchigwerden von Bindungen, Orientierungen und Identifikationen, die als Unterfütterung des kommunalen Lebens bisher wirksam waren.

Die gegenwärtige Finanzkrise der Kommunen macht diese Gefahr lediglich zum Thema. Sie zwingt zum Handeln. Plötzlich ist die Kommune nicht mehr imstande, mit Geld auch weiterhin das auszugleichen, was in der Vergangenheit wie selbstverständlich von den Bürgerinnen und Bürgern als Ausdruck ihres "community spirit" erbracht wurde.

Dieses Geflecht freundlicher Interessen, in das bereits von Kindesbeinen an jeder Mensch seiner Gruppe normalerweise durch Lernprozesse eingeübt wird, ist geschwächt. Prozesse des sozialen und wirtschaftlichen Wandels haben in dem genannten "community spirit" ihre Spuren

hinterlassen. Kommunalpolitik hat sich von der bewußten Gemeinschaftsaufgabe eines jeden Mitglieds der Gemeinde fortentwickelt. An ihre Stelle ist die Erwartung ihrer Bürgerinnen und Bürger getreten, für das der Gemeinde gezahlte Geld auch stets den Gegenwert entsprechender Dienstleistungen konsumieren zu dürfen. Solidarität, wichtiges Gut zur Beseitigung benachteiligter Lebenszusammenhänge, hat der Vereinzelung Platz gemacht. Der Egoismus individuellen Konsums hat auch in der Gemeinde die Bereitschaft zur Lastenübernahme geschwächt. Die biblische Losung "Einer trage des anderen Last" ist demgegenüber aktueller denn je. Sie ist zutiefst sozialdemokratisch und Gegenparole zur konservativen Forderung nach "Anspruchereduktion".

Kommunikation ist das Trägermaterial für menschliches Beisammensein. Ihr Verlust und die Reduzierung des Menschen zum Konsumenten von Waren und Dienstleistungen hat in jedem Fall stets auch den Verlust von Individualität zur Folge. Aus Zusammenhängen der Solidarität und des Füreinander gelassen, ist der Mensch nicht mehr Individuum.

Individualität und Solidarität gehören aber zusammen. Sie sind kennzeichnend für eine gesunde Gesellschaft, denn sie konstituieren das so wichtige Zusammenspiel von öffentlicher und privater Sphäre. Isolierte Menschen sind der Intimität ihrer Privatheit beraubt und auf diese Weise unfähig zur Individualität. Die für eine Gesellschaft lebenswichtige Abgrenzung von öffentlicher und privater Sphäre kann von solchen Menschen nicht aufrechterhalten werden.

Öffentlichkeit entsteht zunächst in kleinen Grundeinheiten, so zum Beispiel in der aktiven Nachbarschaft. Sie baut sich von unten her auf und wird als lebenswichtige Institution zur Meinungs- und Willensbildung in öffentlichen Räumen, seien es Häuser oder Plätze, zum Ausdruck gebracht.

Die Städte vergangener Jahrhunderte haben einer solchen Öffentlichkeit Raum gegeben. In unserer Gegenwart kennzeichnet eine Entmischung von Lebens- und Arbeitszusammenhängen und das Zubringen langer unproduktiver Wegezeiten das Bild der Stadt. Hinzu kommt, daß die für den Menschen so lebenswichtige Kontrasterfahrung zwischen Stadt und Landschaft heute nicht mehr möglich ist. Die Stadtmauern grenzen nicht mehr ab. Stattdessen ufernt die Stadt in die Landschaft aus. Der bereits in parzellierten Wohn- und Arbeitszusammenhängen eingebundene Mensch wird auf der Suche nach Erholung von den zweifelhaften Reizen einer gesichtslosen Anhäufung von Häusern nicht mehr losgelassen. Es bereitet ihm aber inzwischen auch keine Probleme mehr, in seinem Urlaubsdomizil zwischen demselben Beton zu leben, der auch die Wohnung seiner Heimat abgrenzt.

Die Stadt als "Psychotop"

Wie in der Natur häufig von einem Biotop gesprochen wird, so kann es erlaubt sein, im Falle der Stadt von einem "Psychotop" zu sprechen. In ihm muß Öffentlichkeit bestehen. Die Schaffung von Öffentlichkeit wird aber nur gelingen, wenn dem Zusammenspiel von Individualität und Solidarität, der Abgrenzung von öffentlicher und privater Sphäre, Raum gegeben wird. Dieser Raum muß in den Köpfen der Menschen, im Wirtschaftsprozeß und in der Gestaltung unserer Wohn- und Lebensräume vorhanden sein. Der Mensch muß wieder in die Lage versetzt werden, mit anderen Menschen Begegnungen zu erleben. Solche Begegnungen kann ihm kein kommerzielles, an Einschaltquoten orientiertes Fernsehprogramm ersetzen. Sie sind um so wichtiger, je mehr Menschen in unserer Erwerbsgesellschaft Arbeitsprozessen entzogen sind, die ja einen guten Teil Begegnungen ermöglichen, und je heterogener die Struktur eines Gemeinwesens ist, ob nun in sozialer oder auch ethnisch-religiöser Hinsicht.

Begegnungen schaffen Kommunikation. Aber nur dort sind Begegnungen möglich, wo ausreichend Knotenpunkte für eine Kommunikation vorhanden sind. Ein mehr oder weniger dichtgeflechtes Kommunikationsnetz ist daher für die Vitalität von Stadt und Land zwingend. Seine Maschen müssen Erreichbarkeit gewährleisten. Gemeinde und Kreise, freie Träger und Vereine sind hier gefordert, an der Gestaltung einer Infrastruktur mitzuwirken, die den Menschen hilft, seine Gemeinde für sich wiederzugewinnen.

Diese Rückeroberung der Gemeinde kehrt einen Prozeß der Fortbewegung um. Wie der Mensch in den letzten Jahren immer mehr an den Rand der Gemeinden gezogen ist, so hat er auch in seiner Identifikation mit der Gemeinde nachgelassen. Wenn daher durch Kommunikation die Gemeinde wiedergewonnen werden soll, so hat sie letztlich die Identifikation des Menschen mit dem Ort seiner Lebensgestaltung zum Ziel, seine Hinwendung zum Mittelpunkt der Gemeinde. Überhaupt ist Identifikation neben der Kommunikation der zweite wichtige Träger kommunalen Lebens.

Eine Besonderheit kennzeichnet dabei die Situation in den fünf neuen Ländern. Dort muß von den Menschen inzwischen das Nebeneinander zweier Identifikationen ausgehalten werden. Daß dieses Nebeneinander von den Unterzeichnern des Einigungsvertrages schlicht ausgeblendet wurde, macht das Wort "Beitritt" auf subtile Weise deutlich. Es sagt aus, wer sich wohin bewegt hat. Die DDR ist zu uns, den Westdeutschen, gekommen. Wir, die Westdeutschen, haben uns bisher noch nicht bewegen müssen. Die DDR ist regelrecht eingegangen.

Damit sind aber die Sozialisierungen ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht gelöscht worden, zum Glück. Anderenfalls wäre im sozialen Gefüge der fünf neuen Länder kaum ein Halt mehr. Die Menschen dort, so läßt sich sagen, sehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt den drohenden Verlust einer Identifikation, ohne aber sicher sein zu können, sich in einer neuen, gesamtdeutschen Identifikation wohlfühlen zu können.

Diese Verunsicherung rührt wohl unter anderem daher, daß zu Zeiten der DDR eine völlig andere Strukturierung von Öffentlichkeit und Privatheit vorherrschte als in den alten Bundesländern.

Die Existenz einer staatlich organisierten Öffentlichkeit hat an die Sphäre des Privaten weit höhere Anforderungen gestellt, da ja dort Teile einer selbstgestalteten Öffentlichkeit mitintegriert werden mußten. Diese Teile und weitere Ansätze einer Nischenöffentlichkeit, die außerordentlich kreativ war, sind in hohem Grade sensibel und bereits erheblich beschädigt. Die kreative Substanz hieraus muß nutzbar gemacht werden, soll das Projekt einer gesamtdeutschen Identität gelingen. Eine "Archäologie der DDR" wird andernfalls nur noch wenige Reste einer Identität antreffen, die trotz der schwierigen Verhältnisse in der DDR von einer erstaunlichen Vitalität und Phantasie geprägt war.

Identifikation und Kommunikation sind Prozesse, die wohl am ehesten von der kommunalen Kultur- und Sozialpolitik in Gang gesetzt und gestaltet werden können. Alte wie neue Bundesländer werden zukünftig verstärkt auf diese Qualitäten angewiesen sein, soll das soziale Gefüge unserer Republik nicht zu Bruch gehen. Was Not tut, sind Räume der Begegnung und Auseinandersetzung. Sie sollen besonders solche Menschen wieder erreichbar machen, die sich als Folge ihrer sozialen Ausgrenzung von der Gemeinde vergessen glauben.

Enorme Herausforderung von Kultur- und Sozialpolitik

Eine wachsende Zahl von jetzt 10 Millionen Armen, fast 4 Millionen Arbeitslosen, Erwerbslosigkeit in den fünf neuen Ländern von 40 Prozent, das Entstehen sozialer Brennpunkte in den Vor- und Trabantenstädten der alten und neuen Bundesländer, zwingt zu diesem sozialem und kulturellem Engagement.

Dieses darf aber nicht von oben staatlich verordnet sein. Eine Politik des sozialen "appeasement" wäre der falsche Weg. Vielmehr muß kommunale Kultur- und Sozialpolitik kreative Freiräume bereitstellen, die eine echte, ehrliche Auseinandersetzung mit der Lebenssituation sozial Benachteiligter möglich machen. Solche Freiräume sollen provozieren. Denn nur so leiten sie Verhaltensänderungen unserer Gesellschaft ein. Die Herausforderung einer Kultur- und Sozialpolitik ist also enorm. In den alten Bundesländern ist sie angesichts der dort zu beobachtenden sozialen Verschiebungen bereits gewaltig gewachsen, in den neuen Bundesländern ist sie fast schon nicht mehr zu bewältigen.

Ein neuer "community spirit" wird in jedem Falle erforderlich sein, ein Geflecht freundlicher Interessen, das die unterschiedlichen mentalen und sozialen Gegebenheiten in den alten und

neuen Bundesländern zum Ausgangspunkt nimmt. Daher muß die Frage im Vordergrund stehen, was die Gemeinde tun kann, um ihre Bürgerinnen und Bürger wieder erreichbar zu machen für das, was vor Ort geschieht. Dabei sind ihre leeren Kassen nur eine Erhöhung des Schwierigkeitsgrades dieser Aufgabe. Denn was ist schwieriger als die Phantasie, mit weniger Geld mehr zu bewirken. Insofern ist das ständig umkämpfte Areal der Kultur- und Sozialpolitik der rechte Ort, neue Initiativen zu entwickeln.

Wenn es dabei gelingt, in den neuen Bundesländern praktizierte Modelle der Kultur- und Sozialpolitik auch für die alten Bundesländer attraktiv zu machen, dann ist vielleicht mehr in das größer gewordene Deutschland eingegangen als der grüne Abbiegepfad.

(-/17. Dezember 1993/rs/ks)

Die Hörgeschädigten in die TV-Information einbeziehen

Bestimmte Sendungen mit Untertiteln versehen oder in die Gebärdensprache übersetzen

Von Antje-Marie Steen MdB

Stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Fernsehzuschauer geraten ins Schwitzen: immer mehr Programme, fast rund um die Uhr - die Auswahl fällt zunehmend schwer. Hörgeschädigte Menschen dagegen lassen diese Problem in der Regel unbeeindruckt - gezwungenemmaßen. Denn: Deutsche TV-Anstalten bieten nur einen Bruchteil ihrer Sendungen mit Videotext-Untertitel an, von einer generellen Teilnahme am TV-Geschehen sind Hörgeschädigte noch immer ausgeschlossen.

Ich habe daher in einem Rundbrief an die großen deutschen TV-Anstalten aufgefordert, die TV-Nachrichtensendungen und politischen Magazine mit Untertiteln zu versehen beziehungsweise diese Forderungen mit Hilfe von Dolmetschern in Gebärdensprache zu übersetzen. Dieser Appell greift eine wesentliche Forderung des Gehörlosenbundes auf und ist zudem auch Bestandteil einer vom Europäischen Parlament 1988 einstimmig angenommenen Entschließung, in der die Anerkennung der Gebärdensprache als eigenständige und vollwertige Sprache gefordert wird.

Das Argument, die Einblendung eines Gebärdendolmetschers strapaziere die Toleranz "gesunder" Fernsehzuschauer über die Maßen, ist für mich übrigens nicht nachvollziehbar: Ein Grundmaß an Solidarität in einer demokratischen Gesellschaft wie der unsrigen sollte wohl kaum zuviel verlangt sein.

Wir müssen Menschen mit Behinderungen ein barrierefreies Leben ermöglichen, das die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben darstellt. Für Gehörlose heißt das vorrangig, ihnen die gleichberechtigte Teilnahme an unserem TV- und Unterhaltungsnetz zu ermöglichen. Ich verstehe dies als wichtigen ersten Schritt auf dem Weg der gleichberechtigten, integrierten Teilnahme Gehörloser an der Welt gesunder Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(-/17. Dezember 1993/rs/ks)
